

8.7.1916

Deutscher Reichstag.

Die Kriegskreditvorlage. — Graf Röders Antrittsrede. — Ernährungsfragen.

N. Berlin, 7. Juni. (Priv.-Tel.)

Selt vormittag 10 Uhr ist der Reichstag besammet. Er will, wie das oft beim Schluß einer an Zeitverschwendung nicht anwesenden Session geschieht, nun in einer Dauersitzung des, was ihm vor der Vertagung zu erledigen noch obliegt, eute erledigen. Ob es gelingen wird, steht dahin und läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Denn zur Stunde sind nige kleine Gesetze, der Etat in dritter Lesung und die neue riegskreditvorlage schon abgetan, aber die Erörterungen der nährungsfrage, die aus dem Etat des Reichsamts s Innern als ein besonderes Kapitel abgetrennt worden ad, beschäftigen den Reichstag seit Mittag. Diese Fragen er Volksernährung und des Durchhaltens sind in vielen, lelen Kommissionsstimmungen gründlich behandelt worden. Es rieb eine Anzahl von Resolutionen dazu vorgeschlagen, ie gedruckt in dem großen Format der Reichstagsdrucksachen völs Seiten einnehmen und meistens darauf hinauslaufen, aß der Reichstag diese oder jene Fragen dem parla- mentarischen Beirat, der jetzt dem Kriegsernäh- rungsamt angegliedert ist, zur weiteren Beratung übergeben ill. Ueber die Sitzung dieser Kommission hat Graf ödestary heute im Reichstage allein drei Stunden referiert, nd eine Debatte, deren Ende auch jetzt, wo wir diese Zeilen reiden, noch nicht abzusehen ist, hat sich darüber entspon- n. Herr v. Batocki ist anwesend. Er wird auch spre- en. Selbst ein Diktator hat man diesen Präsident- n des Kriegsernährungsamtes genannt, als er sich in dunk- n Umfassen zeigte, er hat gegen den Namen protestiert, aber ine Befugnisse gehen weit, und er ist nur dem Reichstage rantwortlich. Inzwischen aber ist dieser Mann, der zum andeln bestimmt ist, vielleicht zur Ueberzeugung hin- ngeraten. Und der Diktator muß reden und Erklärun- n abgeben, fundenlang in Kommissionen, muß an De- utten teilnehmen, sitzt auch jetzt im Reichstag am Bundesrats- sch, wo sonst Leute mit diktatorischen Befugnissen nicht sigen. Er will nicht, ob er sich's anders gedacht hätte, aber eines issen wir, ihm wird wohl sein, und auch andere werden sich ren, wenn mit dem Schluß der parlamentarischen Session n einige Monate des Handels bevorstehen, in nen allerdings der parlamentarische Beirat ihm zur Seite rbt.

Das Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden Reichsgebiet wurde einstimmig genehmigt, ebenso das riegskontrollgesetz, und zwar hat dabei die euerung den bemerkenswertere Weise von den Konservativen sgegangen. Antrag, der das Kontrollrecht des Reichs- sges stark vermindert, angenommen, sich also einverstanden ert, daß der Reichstag Einblick in die Verträge bekommt, iche Behörden und Kriegsgesellschaften seit Kriegsbeginn lasten der Kriegskasse für Kriegszwecke abgeschlossen iben. Es gilt, dem Kriegsgewinn und dem Kriegs- ucher in die Karten zu sehen.

Der Etat ist schließlich gegen die Stimmen der beiden zialdemokratischen Fraktionen angenommen worden. Der geordnete Ebert hat die ablehnende Haltung der Partei begründet, daß auch die Konservativen, die in rem Kampf gegen den Reichstanzler jetzt auf die taatsförmlichkeit der Sozialdemokraten spekulieren, aus eser Motivierung wenig Gewinn ziehen können, zumal da eich darauf die sozialdemokratische Fraktion für die neue riegskreditvorlage von 12 Milliarden stimmte, die n mit allen, gegen die wenigen Stimmen der Sozialdemo- atischen Arbeitsgemeinschaft genehmigt wurde. Dr. Land- erg hat das gemeinsame Votum der Sozialdemokraten ründet, indem er die Auffassung seiner Freunde von Krieg d Frieden noch einmal darlegte, sich gegen die prompte urabweisung von Friedensvermittlungen im allgemeinen andte, in deutlichen Anspielungen auf Vorgänge der Letz- a Zeit daran erinnerte, daß die Scheiben, die von Politi- n eingeschlagen werden, von den Willern bezahlt werden üssen und als das Kriegsziel seiner Partei präsen- ert, daß wir nach dem Kriege mit den anderen großen östern ein selbständiges politisches und wirtschaftliches iven führen wollen. Nicht für einen Krieg bis zum all- eminen Zusammenbruch steht die Sozialdemokratie ein, er dafür, das Deutschland geistig ist und sich irtschaftlich entfalten kann. Dieses Ziel ist noch nicht er- icht, und daher stimmte sie für die Kriegskredite. Als der ührer der Rabalen, Herr Haase, die Weisung dahin ründete, daß er und seine Freunde den Imperialismus icht unterstützen wollen, und daß das Volk den Krieg nicht ill, sondern eine Verständigung, trat ihm kurz der Staats- rklärer Helfferich entgegen. Das deutsche Volk wird h damit abzukommen wissen, daß es Leute gäbe, die den ampf gegen die kapitalistische Gesellschaft für wichtiger hal- n als den Kampf gegen den äußeren Feind und bei dieser altung den englischen Imperialismus nicht zu sehen heimen.

Bei dieser kurzen Beratung der Kriegskreditvorlage hat Graf Röders als Schatzsekretär dem Reichstage v- e stellt. Ein ruhiger, verständiger Redner, der verglei- e Mittelungen über die monatlichen Kosten des Krieges r Deutschland und seine Feinde gab, verständiger Weise als en erst ins Amt Getretener sich nicht auf die Entwicklung nes finanzpolitischen Programms einließ, die Stellung des chatzsekretärs im Reiche, wie sie tatsächlich ist, dadurch kenn- ichnete, daß dieses Amt wie kein anderes auf das fort- uufende Zusammenarbeiten mit dem Bundesrat, mit den nzelnen Regierungen und mit dem Reichstage angewiesen t und mit den Finanzverwaltungen der Bundesstaaten. In diesem Zusammenhang erklärte er auch ganz offen, daß ihm ber den schweren Entschluß, Helfferichs Nachfolge zu über- ehmen, die günstige Lage der Reichsfinanzen, vor allem aber er Umfang hinweggeholfen habe, daß er mit seinem Amts- orgänger, der nun Vizetanzler ist, in engster dienstlicher nderbindung bleibt, sobald die bewährte Tradition einer Finanzpolitik fortgesetzt werden könne.

Die dann einsetzende Debatte über die Ernährungs- rage ist bis in die lebente Abendstunde fortgesetzt worden, ohne zu Ende zu kommen. Das Thema ist grundlos, und es läßt sich tagelang darüber sprechen, obwohl neue Gedanken mündlich zutage treten können. Die Redner aller Parteien haben mit Recht betont, daß der Aus Hungers- rieg, den unsere Feinde über uns verhängen, weil sie mit den Waffen nicht zu liegen vermögen, für alle Zeit ge- eiert ist, nachdem wir die schwersten Monate hinter uns haben. Entbehrungen, wie sie eine über Erwarten schlechte Kriegs- erte unbedingt zur Folge haben muß, müssen freilich auch weiter getragen werden. Sie werden auch im Interesse der Sache, der es gilt, gern getragen, wenn nur die Ueberzeu- gung besteht, daß die allgemeine Not nicht w u ch e r i s h aus- gebeutet werden kann. In dieser Beziehung ist allerdings vielfach gesündigt worden, und die Schärfe, mit der der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann dieses Thema behandelte, führte einen scharfen Zu- sammenstoß mit dem Staatssekretär herbei, der zugab, daß die Behörden in einzelnen Fällen begangen haben mögen, aber mit Nachdruck hervorhob, daß die Haupt- schwierigkeiten unserer Lage eben natürliche Ursachen haben, und daß die Behörden den besten Willen haben, Missethände zu beseitigen, um die Allgemeinheit zu befriedigen. Herr v. Batocki hat in dieser Beziehung die besten Absichten. Er ist, wie sich aus seinen Ausführungen ergibt, ein schwer beschäftigter Mann, der im Reichstage gewissermaßen nur seine Besuchsstunde abgibt und einmischen nur das Dringendste an- geordnet hat, um die Zucker- und Kartoffelfrage in Ordnung zu bringen, im Übrigen aber im Lande umherreist, um sich überall an Ort und Stelle zu orientieren, und dessen nächste Aufgabe auf ein Einvernehmen mit den süddeutschen Regierungen gerichtet ist, damit den in das gemeinsame Wirt- schaftsbereich des Reiches noch dazu in dieser gemeinsamen Lebenszeit des Krieges nicht passenden Ausschü- bten der Einzelstaaten ein Ziel gesetzt wird. Den Respekt vor der Volksvertretung will er dadurch bekunden, daß

er, wenn nötig, die Nachstunden zu Hilfe nehmen will, um die Debatten des Reichstages zu lesen, obwohl das nicht nötig erscheint, da er sie durch den parlamentarischen Beirat sicher noch einmal zu hören bekommen wird. Es macht aber einen guten Eindruck, und wenn Herr v. Batocki es als sein Ziel bezeichnet, auf dem Gebiete der Ernährung endlich d a u e r n d e Verbesserungen zu schaffen, die nicht von heute auf morgen wieder beendet werden müssen, so findet er auch darin Zustimmung. Man muß abwarten, was dabei heraus- kommt. Morgen hofft man wirklich die Debatte zu Ende zu führen. Dann steht der Vertagung bis zum Herbst nichts mehr im Wege.

(Schluß des Berichts aus dem Ersten Morgenblatt.)

In der Beratung des Berichts der Kommission über die Ernährungsfrage

wird fortgesetzt.

Hg. Hoffmann-Kaiserlautern (Soz.): Unter der Junktur gezeihen Völkerverehrungen und Nahrungsmittelwucher am besten und deshalb muß hier Remedur einsehen. Der Le- b e n s m i t t e l d i k t a t o r soll nun helfen, aber wir glauben daran nicht. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes unter- scheidet der Kontrolle des Reichstages, und auch der Bundesrat hat seine Macht nicht aus der Hand gegeben. Jetzt steht, daß der Diktator kein Diktator ist, und das ist gut so, denn neben dem Reichstag ist kein Diktator möglich. Der neue Präsident soll Großgrundbesitzer und konservativer Agrarier sein, also nicht eben eine sehr große Empfehlung. Aber wir werden abwarten, was er tut. Wir begrüßen ihn jedenfalls mit offenem christlichem Mißtrauen, und es wird sich zeigen müssen, ob Herr Batocki den Mut findet, gegen die Produzenten vorzugehen, was seine Vorgänger unterlassen haben. Preußen und Bayern haben auch im neuen Kriegsernährungsamt die Vertretung ihrer bezugsrechtlichen Politik. Auch die Regelung des Ver- hältnisses des Kriegsernährungsamtes zum Militär be- friedigt uns nicht. Der Kriegsminister ist nicht nachgeordnet, sondern nebengeordnet, und auch nicht gehalten, die Anordnun- gen des neuen Präsidenten unbedingt zu folgen. Der Reichstag darf zwar reden, aber man hört nicht auf ihn. Wäre man dem Wunsch des Reichstages gefolgt, so wäre alles viel besser. Bis jetzt ist etwas Großes nicht geleistet worden, und auch, was über

Massenpreisungen

in den Zeitungen mitgeteilt ist, ist nicht das, was wir ver- langen. Hier muß im großen Maßstabe vorgegangen wer- den. Bei den Massenpreisungen darf auch nicht wieder nach Klassen unterschieden werden, es könnte nichts schaden, wenn in der Volksküche die Kommerziantin zusam- menstehen müßte mit der Arbeiterfrau. Der Massenkampf hört von selbst auf, wenn die Massen aufhören. (Sehr richtig.) Er hört auf, wenn Arbeiter und Junker gleich nützliche und gleich berechtigte Glieder der Gesellschaft sind. (Sehr richtig!) In den Stappen und Garnisonen wird gar häufig eine Ver- schwendung mit Menschen getrieben, und deshalb sollte man den Städten ihre städtige Beamten nicht wegnehmen. Denn die Städte haben die wichtigsten Aufgaben. Die Reichsre- gierung muß in die Produktion selbst eingreifen. Die Kriegs- gewinne der Zuckerfabriken und Konervenfabriken sind be- kannt. Die Vereinigten Kommerzienvereine erzielen 200 Prozent Gewinn, das ist doch ein schändlicher Wucher. Die Staatsregierung muß in der entschiedensten Weise gegen diese Geschäfte vorgehen und dem Standal ein Ende machen. Je geringer die Vorräte, um so besser muß die Versorgung und Organisation sein. Die Kartoffelversorgung hat ein typisches Beispiel gezeigt, wie Geld verdient wird, und wie man die vaterländische Gesinnung in den Hintergrund drängt. Die Strafen sind für Wucher viel zu gering. (Sehr richtig!) Nicht nur verbotener Wucher wird getrieben, son- dern auch erlaubter. Es ist Wucher, wenn jetzt ein Ei 35 Pfg., ein Hering 45 Pfg. kostet. Solche Preise bedeuten die schamlose Ausbeutung der Arbeiterschaft. Die Hauptschuld daran trägt die Reichsregierung, denn sie hat mit großer Un- tätigkeit zugehört. Die Gerzenerverwertungsgesellschaft ist eine kapitalistische Räubergesellschaft. (Leb- hafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie hat einen Reingewinn von 5000 Prozent gehabt. (Hört, hört!) Ist es dann genug damit getan, daß diese Gesellschaft vier Mil- lionen oder noch mehr Kriegsanleihe zeichnen konnte? Da muß man fragen, was haben wir noch für ein Recht, über die ameri- kanischen Kriegslieferanten uns zu beschweren? (Sehr richtig!) Die amerikanischen Kriegslieferanten heuten wenigstens die fremden Völker aus, die Deutschen ihre eigenen Volksgenossen. (Vizepräsident Paasche bittet den Redner, solche Ausfüh- rungen zu unterlassen. Er könne das nicht zugeben. Räum bei den Sozialdemokraten. Geher ruft: Sie unterstützen diesen Wucher. Vizepräsident Paasche: Ich rufe den Ab- geordneten Geher zur Ordnung. Ich kann es nicht dulden, daß hier solche Kritik ausgeübt wird, und ich kann es auch nicht zulassen, daß solche Ausführungen hier gemacht werden.) Ich habe festgestellt, welche Gewinne hier gemacht werden. Die Kriegslieferergesellschaft hat einen Gewinn von 17 Millionen, auf die großen Gewinne der Gerzenerverwertungs- gesellschaft und der Kommerzienvereine habe ich schon hin- gewiesen. Ich möchte die Namen der Gründer dieser Kriegs- gesellschaften kennen lernen. Auch die landwirtschaftliche Bevölkerung muß sich größere Entbehrungen auf- erlegen und muß in den allgemeinen Wirtschaftspläne einbe- zogen werden. (Zuruf: redit: Das geschieht ja!) Nein, das geschieht nicht! Die Landwirte beden zunächst ihren Bedarf, dann erst kommt die Allgemeinheit daran. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat auch in der Kommission er- klärt, daß den landwirtschaftlichen Bevölkerungsteilen auch die Entbehrungen auferlegt werden müßten, und als er das tat, ist sofort von den Rechten Widerspruch gekommen. Das ist charakteristisch. Die Bauern müssen doch so verständig sein, denn seit 20 Monaten schwer leidenden städtischen Volksteilen etwas abzugeben. Die Situation ist sehr ernst. Im preußi- schen Abgeordnetenhaus hat Herr Kretsch von dem gemeinsamen Durchhalten und Zusammenhalten gesprochen, und gleich da- rauf hat er eine Erhöhung der Kartoffelpreise verlangt. (Hört, hört!) Das ist doch eine wahre Verhöhnung. (Lebhaftes sehr richtig.) Das ständige Werturteil ist durch den Kapitalismus beeinträchtigt worden, da muß die Regierung eingreifen. Das freie Spiel der Kräfte muß außer Kraft gesetzt und

alles muß staatlich reguliert werden.

für alle Produkte müssen Höchstpreise festgesetzt werden. Wir verlangen Vorkaufnahme aller Nahrungsmittel zu einer gerechten Verteilung. Eine große Anzahl der wichtigsten Nahrungsmittel sind heute noch frei. In der sozialistischen Gesellschaft wäre der Wucher nicht möglich. Heute wird viel- fach gesagt, die Kriegswirtschaft sei sozialistische Wirtschaft. Das stimmt nicht. Die Kriegswirtschaft hat mit unseren An- scheinungen nichts zu tun. Wohl ist manches dadurch gestiftet worden, was wir immer behauptet haben. Nicht nur die Regierung trägt die Schuld an dem heutigen Zustand, son- dern auch die bürgerlichen Parteien sind Mitschuldige. Ein sächsischer Minister hat offen gesagt, daß mit den Preußen nicht auszukommen sei. Der sächsische Minister er- klärt, gegen die Preßdiktatur sei nicht aufzukommen. Preußen herrsche und das heißt, die Junker herrschen. (Sehr richtig.) Ich weiß, daß das gegen den Burgfrieden ist, aber wer preist mehr auf den Burgfrieden als die Junker. (Sehr richtig.) Bei den Junkern gibt es kein Verständnis für eine Wahlrechtsreform und aus wirtschaftlichem Egoismus werden Brot und Kartoffeln verteuert. (Sehr richtig.) Ich richte an die Staatsregierung die energische Bitte, dafür zu sorgen, daß Ruhe im Lande bleibt, und das kann nur ge- schehen, wenn die vorhandenen Missethände nach unserem Wunsch sofort abgestellt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich wende mich gegen die Ausführungen, als ob ich mich irgend wo zur persona grata mache. Ich weiß das zurü. Der Vorredner hat erklärt, die Regierung soll für Ruhe sorgen. Mit solchen Reden, wie es der Vorredner getan hat, wird die Ruhe nicht hergestellt (lebhaftes Zustimmung). Der Oberpräsident v. Batocki ist nicht anwesend, weil er zu wichtigen Sitzungen hat gehen müssen, und ich glaube die wichtige praktische Arbeit ist notwendiger als die besten Parlamentsreden, womit ich nicht sagen will, daß ich die Rede des Vorredners meine (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten). Wir hatten kein Beispiel für die Kriegsernährung. Es ist von der Regierung alles gesehen. Jemand welche Jahresschlüsse legt nicht vor. Die Schwierigkeiten, wie sie bestehen, die uns Entbehrungen auferlegen, beruhen keineswegs ausschließlich auf dem Man- gel an Organisation. Der wohlhabende und reiche Mann lebt durchaus nicht mehr so wie vor dem Kriege (Widerpruch bei den Sozialdemokraten). Das kann ich Ihnen sagen, daß von meinem Tisch die Butter seit Monaten verschwindet ist. Die Maßnahmen die jetzt durchgeführt werden durch Brot- und Butterkarte und Fleischkarte, verteilen die Entbehrungen durchaus gleichmäßig. Ich behaupte, daß noch in keinem Weltkrieg die Entbehrungen so gleichmäßig ver- teilt worden sind. Es ist durchaus richtig, daß auf dem Lande die Dinge günstiger liegen als in den Städten, aber liegt das

nicht in der Natur der Dinge? Wenn sie dem Landwirt alles nehmen, hört er auf zu produzieren, dann verhungern ein- fach die Städte. Das sind Rücksichten, die wir uns auferlegen müssen. Es sind eben allgemeine Rücksichten. Wenn Sie das Volk über die Verhältnisse belehren wollen, dann denken Sie an unsere Entbehrungsverhältnisse. Wir sind aber die schwierigsten Dinge hinüber. Die Zurückhaltung kann heute fallen. Der

Ausführungsverbot ist gewonnen,

wenn die nächsten Wochen auch noch schwer sein werden. Bis jetzt konnten wir nicht darüber sprechen. Wenn man unserem Volk offen hätte sagen können, wie es eigentlich steht, dann wäre mancher Irrtum beseitigt worden, manche Erbitterung wäre nicht aufkommen, aber Rücksichten auf das Ausland verboten es uns. Wir verbrauchen rund 18 Millionen Tonnen Brotgetreide im Jahre, 16 Millionen produzieren wir im eigenen Lande und zwei Millionen haben wir im por- tiert. Die Ernte hat noch keine 12 Millionen Tonnen be- tragen, also nur zwei Drittel unseres Bedarfs, und da ergeben sich eben Schwierigkeiten. Bei Hafer haben wir 1913 9 1/2 Millionen Tonnen gehabt, 1914 noch keine 9 Millionen und 1915 noch nicht 8 Millionen. Dazu kam der Wegfall der ge- waltigen Einfuhr. Wer will behaupten, daß Entbehrungen, wie sie heute das deutsche Volk durchmacht, überhaupt zu ver- meiden waren. Auch in normalen Zeiten hätten wir bei der schlechten Futtermittelerte im vorigen Jahre eine Fleischnot gehabt. Das hat mit der sozialistischen Wirt- schaftsunordnung nichts zu tun. Das Weiter werden Sie auch in Zukunft nicht staatlich regulieren können. Also das sind rein tatsächliche Verhältnisse, auf die wir nicht einwirken können. Was geleistet worden ist, wird in der Geschichte als eine der größten Taten anerkannt werden. Jetzt schweigen Sie. (Lebhaftes Zwischenruf bei den Sozialdemo- kraten.) Ich werde Sie nicht zum zweiten Male provozieren, weil Sie das nicht vertragen. Ich möchte Sie bitten, bei ihrer Beurteilung dieser durch keine menschliche Macht zu ändernden Verhältnisse gebührend berücksichtigen zu wollen, nicht nur hier im Hause, sondern auch nach außen hin. Auch Sie haben daran Interesse, daß die Ruhe im Lande aufrechterhalten bleibt und daß die Bevölkerung trägt, was nicht abzuwenden ist. Was abzuwenden ist, das werden wir tun. (Lebhafter Widerspruch bei einzelnen Sozialdemokraten.) Sie würden es vielleicht besser machen, aber daß wir unser Bestes tun, das können Sie uns glauben. Wenn Sie solche Reden halten, dann nützen Sie der Ruhe und den gemeinsamen Zielen, die wir erstreben, nicht. Sie erklären, die pommergen Rol- lezeiten hätten 200 Prozent verdient, weil sie bei 100 000 Mark eingezahltem Kapital 200 000 Mark verdient hätten. Mit diesen Behauptungen zeigen Sie ja, daß Sie von den elemen- tarsten Verhältnissen bei solchen Gesellschaften keine Ahnung haben. Es kommt doch dabei nicht auf das eingezahlte Kapital noch auf die Anteile an, genau so wenig, wie das bei Ihren Konsumvereinen der Fall ist, sondern auf den Umsatz, den ich bei der Gesellschaft nicht genau kenne. Also wenn Sie solche Behauptungen aufstellen, ohne die Verhältnisse von allen Seiten zu prüfen, sind sie hohl und leer. Ich möchte an Sie den Appell richten, draußen der Bevölkerung eine rein obje- ktive Schilderung zu geben, da nützen Sie dem gemeinsamen Ziel, dem auch Sie zustreben, mehr, als durch solche Reden. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Hoff (Fortfchr. Vpt.): Die Abwesenheit des Herrn Batocki beweist, daß der Reichstag nicht nach Gebühr eingeschätzt wird. Breite Kreise unseres Volkes müssen Ent- behrungen tragen, aber die sind unvermeidlich. Wir müssen nur verlangen, daß sie so leicht wie möglich gemacht werden. Das sind zum Teil die Folgen der natürlichen Ursachen, die der sozialdemokratische Redner nicht genügend würdigt. Die Ernte war schlecht, und der Bedarf an Nahrungsmitteln ist durch den Krieg gestiegen. Mängel der Organisation sind hin- zugekommen und die geben viel Anlaß zur Kritik. Den Kriegswucher verurteile ich aus schärfster. Er ist zeit- weise merkwürdig niedrig bestrast worden. Der Landwirt- schaft als solcher darf nicht der Vorwurf des Wuchers gemacht werden. Alle Maßnahmen des Reiches sind zu spät getroffen worden. Mit der Schaffung des Kriegsernäh- rungsamtes wird endlich der Schritt zur einheitlichen Regelung der Ernährungsfragen gemacht und wir hoffen, daß sie sich bewähren werde. Wir stehen vor ein paar schweren Wochen, aber das Notwendigste muß herangeführt werden, und wenn auch ein Eingriff in unser Kapital erfolgt.

Die Schranken der Ausführverbote

müssen verschwinden. Das sind Zustände gewesen, die schon längst hätten beseitigt werden müssen. (Sehr richtig!) Es kann nicht den unteren Verwaltungsorganen freigestellt wer- den, aus sich solche Maßnahmen zu treffen. Darüber darf nur einheitlich geurteilt werden. Unser Heer darf nicht leiden. Aber es sind doch an vielen Stellen durch die Einkäufe des Heeres große Missethände geschaffen worden. Die Ver- schaffung des Heeresbedarfes muß sichergestellt werden. Aber die Beschaffung muß einheitlich durch die Zivilverwaltung ge- schehen. Es muß weiter für eine angemessene Preisfestlegung der notwendigen Lebensmittel gesorgt werden. Die Höchst- preise sind viel zu spät eingeleitet. Man hat sie erst gefas- tet, als die Preise in die Höhe getrieben waren. Wir haben viel zu hohe Preise, und wenn diese Preise noch weiter bestehen bleiben sollten, so haben wir nicht nur eine Ausweirung der Arbeiter, sondern auch der Beamtenschaft und des ganzen Mittelstandes. (Lebhaftes Zustimmung.) Wenn hier eingegriffen wird, so werden Sie ein dankbares Volk haben. Für eine weitgehende Massenpreisung sind wir bereit Mittel zu bewilligen, und wir billigen es auch, doch zu diesen Zwecken 100 000 Tonnen Brotgetreide zur Verfügung gestellt werden. Es muß nur planmäßig dabei verfahren wer- den. Ein Scheitern dieser Aktion würde außerordentlich un- angenehm sein. Es dürfen sich hier die Bolschewiken nicht wie- derholen. An der Kartoffelversorgung muß man die bitterste Kritik üben. Es ist wirklich fürchterlich, was hier gesündigt worden ist. (Sehr richtig!) Hier kann nur rüd- sichtslose Energie helfen. Der wichtigste Punkt ist hier, wie wir uns für die nächste Zeit die Versorgung des deutschen Volkes denken. Der Fleischkonsum ist doch schon wesentlich ein- geschränkt, und für die Dauer ist die Knappheit von Brot und Fleisch nicht haltbar. Ich halte es für sehr viel weniger bedenklich, nach einer guten Ernte eine angeme- sene Erhöhung der Extraktionen vorzunehmen. Die Bestandaufnahme für Fleisch muß auch auf die Haus- haltungen ausgedehnt werden. Das ist aus Gerechtigkeits- gefühl heraus dringend notwendig. Wenn es um den inneren Frieden zu tun ist, der hat doch ein dringendes Interesse daran, zu klären, wo die Fleischmengen stehen, ganz gleich, was dabei praktisch herauskommt. Der Wildab- schuß muß ganz anders organisiert werden. Wenn Sie ahnen, welche Erbitterung durch das Ueberhandnehmen des Wildes erzeugt worden ist, Sie hätten es nicht dulden können. Die Ernte muß geschützt werden. Das ist es für eine lächerliche Verhöhnung zu sagen, die Ernte würde ja geschützt. Wir können es nicht dulden, daß Kadel von Hirschen und Rehen unsere Ernte ver nichten. Hier wird es sich auch zeigen, ob das Kriegsernährungsamt ernst macht. Hier kann es sich zeigen, ob man durchgreift. (Lebhaftes Zustimmung.) Wenn das nicht geschieht, dann können wir allerdings kein Vertrauen haben. Schon im vorigen Jahre haben wir einen Antrag eingebracht. Der preussische Landwirtschafts- minister hat es nicht für notwendig gehalten, auch nur einen Bericht über die Anordnungen einzubringen. Dabei ist der Landwirtschaftsminister von der Rechten gestützt worden. (Zuruf links: Das ist die Bauernpolitik der Konservativen!) Durch Bundesratsverfügung muß der Abschluß des Wildes einfach erzwingen werden. Man hat gesagt, man könne nicht in Privatäcker eingreifen. In der Zeit, wo unsere Söhne auf den Schlachtfeldern stehen, wo dem Bauer sein Vieh aus dem Stall gezogen wird, da werden wir doch verlangen können, daß das Wild abgeschossen werde. Da gibt es keinen Widerspruch. (Lebhaftes Zustimmung.)

Die Maßnahmen des Herrn v. Batocki

über die Freigabe des Futterzuckers für die Volksernährung billigen wir durchaus. Die menschliche Ernährung steht in erster Linie. Unsere Futtermittel haben wir urrectionell verwendet. Damit muß gebrochen werden. Wir können jetzt nicht genau so viel Vieh halten wollen, wie wir es in Fried- enszeiten konnten, denn dafür gefährden wir die Ernährung mit Brotgetreide. Wenn wir die richtigen Maßnahmen ergrei- fen, werden wir unser Ziel erreichen. Ich habe die feste Hoffnung, daß die Ernährung des deutschen Volkes sich im nächsten Jahre besser gestalten wird als jetzt. (Zustimmung.) Leiter des Kriegsernährungsamtes Oberpräsident v. Batocki: Ich teile diese Hoffnung, daß wir im nächsten Erntejahr besser dastehen werden als jetzt. Ich habe mit Bauern ge- hört, daß meine Abwesenheit bemängelt worden ist. Wir haben aber eine wichtige Sitzung gehabt, um die Ernährung der schwerarbeitenden Bevölkerung sicherzustellen, und ich kann auch morgen nicht hier sein, weil ich noch München fahren muß, um die Frage der Ausfuhrverbote zu regeln. (Beifall.) Ich gebe das Versprechen, wenn es nötig ist, die Nachtstunden zu Hilfe zu nehmen, um die Reden, die hier gehalten werden, zu fixieren. (Große Heiterkeit.) Von meinem Standpunkt aus bin ich spät gerufen worden. Ich bin zwar dankbar dafür, daß ich mich länger meiner Lebens-